

Der Deutsche

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 45

Duisburg, den 5. November 1932

33. Jahrgang

Das verschüttete Deutschland und der 6. November

Wir brauchen nicht erst die Wichtigkeit der Reichstagswahlen vom 6. November zu betonen. Wir, die wir im Freiheitskampf der Nation und der Arbeiterschaft stehen, wissen, daß auch im Stimmzettel eine Macht sich offenbaren kann. Im Recht als Staatsbürger liegt auch die Pflicht als Staatsbürger, zu wählen. Die rasche Aufeinanderfolge der Wahlen und die Verschlimmerung der nationalen und wirtschaftlichen Lage hat in manchem schon die Stimmung aufkommen lassen: „Wozu das alles? Es hat doch keinen Zweck“. Eine Müdigkeit und Gleichgültigkeit ist in viele Herzen eingezogen. Diejenigen, welche so sprechen, haben die Erfüllung ihrer Hoffnung auf die Stimmzettelabgabe und auf den Ruf nach Staatshilfe eingestellt. Auch der Stimmzettel ist nur ein Mittel, niemals Selbstzweck. Er birgt in sich kein Tor zum Schlaraffenland. Der Weg nach aufwärts ist immer hart und beschwerlich. Aber selbst eine berechtigte Forderung der Arbeiterschaft findet keine Erfüllung, wenn nicht als treibende Motore innerhalb der politischen Kräfteverteilung die wirtschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften, das Recht und das Wollen der Arbeiterschaft vorwärtsdrängen. Weil dem so ist, deshalb kommt auch den politischen Parteien und dem Wahlakt eine große Bedeutung zu.

Und man muß sagen, daß diese Wahl in ganz anderem Maße über die Zukunft Deutschlands entscheiden dürfte, als etwa die Juliwahl. Zwar sprachen damals viele leichtsinnige Momente mit, welche eine unerhörte Wahlteilnahme brachten. Aber der Sinn dieser Wahl rührt an das Innere des deutschen Seins. Sie sollte daher die christliche Arbeiterschaft mit ihren Familien restlos an der Urne finden.

Denn wir stehen vor den entscheidenden Stunden des Reiches und der Arbeiterschaft. Wir erleben seit fünf Monaten die Verschüttung des sozialen und nationalen Gedankens in Deutschland. Eine Herrenkaste, gewandt, zielbewußt, um Mittel unbekümmert, Kenner von feudalen Prinzipien, geistig im 18. Jahrhundert verankert, hat in einer im modernen Staatsleben unerhörten Einseitigkeit das Ruder des Staatsschiffes in der Hand.

Der politische Weg Deutschlands geht seit Juni immer mehr in die tödliche Vereinsamung unter den Nationen. Mit einer Handbewegung wurden die neuen Ketten von Lausanne abgetan. Der Ruf zur Freiheit, aufwühlend das Innere der Nation, wird zur Deflamation auf Industriellen- und Adelsstagnungen. Brünings bedeutende Arbeit und Erfolg an der Schaffung eines anderen Weltgesichtes ist ins Gegenteil verkehrt. Die Isolation Frankreichs und das langsame Zerüberfinden Englands und der Vereinigten Staaten zu Deutschland ist in diesen fünf Monaten in ein neues herzliches Verhältnis zwischen diesen drei Weltstaaten eingemündet.

Der wirtschaftliche und soziale Weg ist gekennzeichnet durch eine Entlastung und Bevorzugung des Be-

stehes und eine unerhörte Belastung des Nichtbestehes. Das wirtschaftspolitische Wollen der Reichsregierung gleitet von Experiment zu Experiment und trägt in sich — wie selbst Freunde der Regierung zugeben müssen — das Zeichen des inneren Widerspruches an der Stirn. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung scheint nicht im entferntesten den Erfolg in sich zu bergen, den eine sehr gefügige Presse gerne sehen möchte. Ja, wir möchten noch weiter gehen und sagen, daß ein Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft nicht wegen, sondern trotz dieses Wirtschaftsprogramms sich zeigen dürfte. Keiner aber redet davon, was im Jahre 1938 bei der endgültigen Lösung der Frage der Steueranrechnungsscheine geschehen wird. Daß heute Industrielle sich freudig dafür aussprechen, ist noch kein Beweis für die Güte dieser Sache. Sie haben es beim Dawespakt 1924 und beim Youngplan 1929 — unter Führung von Herrn Schacht — auch getan. Soll das deutsche Volk 1938 abermals eine neue Schuldenlast auf sich nehmen? Herr von Papen, der allen bestehenden Schichten Erleichterungen gibt und verspricht, sieht sich gegenüber den Forderungen zur Erleichterung der Lasten der Arbeiterschaft vor eine „praktische Undurchführbarkeit“ (Berlin, 24. Oktober) gestellt.

Innerstaatlich hat die Regierung Papen bald dem Reich, bald den Ländern goldene Berge versprochen. Sie stieß die zur Staatsverantwortung sich entwickelnde Sozialdemokratie in eine gefährliche Opposition, verbreiterte den Nährboden des Kommunismus und zerstörte eine beginnende gemeinschaftliche Arbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialismus aus bestandsegoistischen Absichten.

Der deutsche Mensch, der heute fiebert nach Sicherheit und Getragenheit im Staatsleben, wird abgespelst mit vieldeutigen Reden, während deren im Hintergrund die Milliarden für den deutschen Besitz rollen. Alle Rhetorik über das „Nationale“ täuscht nicht darüber hinweg, daß in diesen fünf Monaten das Nationale und das Soziale bedenklich verschüttet worden sind.

Und doch liegen im Nationalen und Sozialen die Wurzeln deutschen Lebens und deutschen Wesens. Sie sind in der deutschen Geschichte selten verstanden und noch häufiger mißbraucht worden. Im Jahre 1815 ist das deutsche Volk um die Früchte seiner Taten in den Befreiungskämpfen von der damaligen Herrenkaste betrogen worden. Im Jahre 1848 wurde die — wenn auch ungeklärte — Sehnsucht des deutschen Volkes nach einem Großdeutschland elend vertan. Für die ungeheure Anspannung beim Wirtschaftsaufstieg der Vorkriegszeit dankte man dem preussischen Volke mit dem Dreiklassenwahlrecht. Und heute, an der Wende zu neuem staatlichen und sozialem Leben will wieder eine Herrenkaste das deutsche Volk und besonders die Arbeiterschaft in den Zustand der Erniedrigung bringen.

Zwar wechselt die Zugehörigkeit zur Herrenkaste. Einmal waren es die Barone und die Grafen, heute haben sich dazu gesellt die Finanzaristokratie, die Herren von Kohle, Eisen und Chemie, die Inhaber der Großpresse, des Films und der Nachrichtenbüros. Aber der Sinn ist der alte: Unterdrückung der arbeitenden Schicht.

Ist es überhaupt möglich, daß diese Herrenkaste sozial denkt im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit? Nicht im Sinne einer Wohltätigkeitsveranstaltung für die Armen und eines Patriarchalismus. Der Einzelne mag es können, die Kaste kann es nicht. Und deshalb mag es für eine Partei von geringerem Belang sein, zu wissen, woher diese Regierung kommt, für die Arbeiterschaft ist diese Frage wichtig.

Denn das Ringen um soziale Gerechtigkeit wird nicht mit dem oder jenem ausgefochten, sondern mit dieser Großbourgeoisie. Das heißt nicht zum Klassenkampf aufrufen, aber das heißt Kräfte auch dafür einsetzen, daß die Interessen der Großbourgeoisie endlich in die Gesamtinteressen der Nation eingegliedert werden müssen. Das wird nicht leicht sein. Vielleicht liegt darin überhaupt der Keim zu den riesigen Entscheidungen, vor denen wir stehen. Vielleicht der Beginn des Ausbruchs einer sozialen Revolution, vor der uns Gott behüten möge.

Die Großbourgeoisie, unfähig die Zeichen zu verstehen, scheint alle Anstrengungen zu machen, um Deutschland weiter zu zerklüften. Sie scheint auch die ungeheure staatspolitische und moralische Gefahr einer 6-Millionen-Schicht, welche seit drei Jahren arbeitslos ist, nicht zu sehen, sonst hätte sie nicht

noch die mageren Unterstützungen kürzen können. Dabei ist stets zu bedenken, daß bei allem Herr von Papen nur ein Exponent des Großbürgertums ist. Mit seinem Rücktritt allein ist noch gar nichts gebessert. Wesentlich ist eine Regierung mit stärksten nationalen Antriebskräften und mit starker sozialer Tat.

Der 6. November ist nicht das Ende, er ist der Anfang eines gewaltigen Kampfes um politische Freiheit. Vielleicht versucht die Großbourgeoisie noch einmal die Macht der roten Mappe. Man sollte warnen. Es könnten sonst gesellschaftliche Verwicklungen entstehen, die über Parteien und Berufsstände hinweg Deutschland in die fürchterliche Zelle einer Explosion stellen.

Davor müssen auch wir als christliche Metallarbeiter unser Vaterland zu bewahren suchen. Aber gerade deshalb gilt unser Kampf der Hegemonie der Großbourgeoisie und der in ihrem Gefolge stehenden Parteien. Daß wir keine Stimme einer marxistischen Partei geben können, ist selbstverständlich.

Wir wollen ein neues Deutschland bauen, ein Deutschland der sozialen Gerechtigkeit, ein Deutschland, in dem auch der Arbeiter menschenwürdig leben kann. Wir wollen den durch die Großbourgeoisie verschütteten nationalen und sozialen Gedanken zu neuem stolzen Leben erwecken. Das ist der Sinn der Wahl am 6. November. Aber beide werden nicht leben, wenn nicht eine starke, mit tiefem Glauben an die Sendung des deutschen Volkes erfüllte Gewerkschaftsbewegung dasteht.

G. W.

Klassenkampf oder nationale Arbeitspolitik

II.



Mo es aber um Recht und Ehre der Arbeiterschaft ging, wo um letzte Einsätze gewürfelt wurde, mußte in Konsequenz und Haltung die christliche Gewerkschaftsbewegung über die sozialistische hinauswachsen. Möglich, daß dann auch der Ton mal schärfer wurde und die Wogen höher schlugen. Das konnte aber das sachliche Wollen nicht beeinträchtigen und den Sinn nicht verschlossen machen für das Höhere und Letzte, um das es ging, um die Verantwortung für Volk und Wirtschaft.

Ist es schon vergessen, daß in einer bedenklichen Situation zu Beginn 1918, als östlich der Elbe Streiks in den Munitionswerkstätten aufflammten und die Front in Feindesland bang nach der Heimat schaute,

daß damals in der Domäne der christlichen Gewerkschaften, im Ruhrgebiet, kein Rad stille stand? Dögler sprach es aus: „Wir werden es dem Arbeiter an der Ruhr niemals vergessen.“

Herr Dögler wollte es „niemals vergessen“. Aber das Gedächtnis der Montanindustrie für diese Tat reichte noch nicht bis 1928.

Es mußte aus der Idee von 1912 der Gedanke einer Arbeitgemeinschaft zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft notwendig erwachsen. Ende 1917 griff der Christliche Metallarbeiterverband diese von manchen damals noch nicht verstandene Frage auf und stellte sie in die öffentliche Diskussion. Sozialistische Zeitungen griffen mit ähndem Spott, Unternehmerblätter mit Verwunderung und Ironie diese Gedanken an, um dann Ende 1918 mit einer plötzlichen Selbstverständlichkeit die Form der Arbeitgemeinschaft zu gießen, für die infolge eines jahrhundertlang tobenden Klassenkampfes der geeignete Inhalt aber nicht beschafft werden konnte. Das war die Tragik des Arbeitgemeinschaftsgedankens, daß er spät und dennoch zu früh in die Praxis umgesetzt wurde. Es muß anscheinend noch viel Leid über die deutsche Wirtschaft hinwegziehen, bis sie reif wird, diese Idee wirksam und fruchtbar zu gestalten.

Dieser Gedanke der Verbundenheit ließ auch die christliche Gewerkschaftsbewegung sich den Gesetzen der politischen Revolution von 1918 entgegenstemmen. Selbst die sozialistische Gewerkschaftsbewegung wurde mitgezogen. Teils sogar aus einem inneren Muß. Denn immer ist der rechte Gewerkschaftler ein Mensch voll unbewusstem Traditionsempfinden und Bodenwüchsigkeit: der Bauer der Städte. Die politische Revolution ist Blut gewordener Klassenkampf. Sie hat ihre eigenen Gesetze. Und diese lauten sehr kurz und eindringlich: Die herrschenden Schichten müssen herabgedrückt, wenn nicht zerschmettert werden. So handelte die bürgerliche französische Revolution an Adel und Geistlichkeit, so handelte die proletarische russische Revolution am Großbürgertum. 1918 hätte zu einem fürchterlichen Blutbad auch in Deutschland werden können. Von Spartakus bis Max Högl ist ein gerader Weg. Dieses Fürchterliche bannen konnte nur eine Bewegung, die in sich das Wissen trug, um den Wert aller Schichten im Volke und um das Aufeinanderangewiesensein aller Gruppen.

Es gab seit 1918 hundertfältige Gelegenheiten für die christlichen Gewerkschaften, ihren sehr großen Einfluß und ihre Querverbindungen im politischen Leben einseitig auszunutzen. Sie wiesen Derartiges mit dem ihnen eigenen Verantwortungsgefühl für das Gesamtleben ab, um dann regelmäßig feststellen zu müssen, daß andere Schichten bedeutend weitherziger und „großzügiger“ in diesen Angelegenheiten dachten und handelten. Ja, daß diese Schichten, allmählich zur Macht aufgestiegen, sich nicht scheuten, dem Staat an empfindlichen Stellen zuzusehen.

Sich selbst als die Nation zu sehen, für sich eine Sonderstellung zu fordern, ihre Interessen über die Interessen des Gesamten setzen, eine solche Einstellung wird man selbst bei scharfen Auseinandersetzungen der letzten Jahre im Handeln der christlichen Gewerkschaften nicht finden können, mögen auch servile Schriftsteller auf Unternehmensebene aus merkwürdig durcheinander gerüttelten Zitatensäcken das Gegenteil zu beweisen suchen.

Das Großbürgertum aber trat aus bewußten Klassenkampfmomenten gegen Staat und Volkstum auf, um verlorene Machtpositionen wiederzugewinnen.

Don heute aus gesehen, erscheint auch der gewaltige Eisenkampf 1928 als etwas ganz anderes als nur eine Angelegenheit eines Lohnkampfes oder des Arbeitsrechtes. Das war der äußere Anlaß, der Serajewoschuß.

Aber die inneren Triebkräfte zeigten auf eine andere Spur. Der Kampf wurde von der Montanindustrie um das Primat, d. h. die Oberherrschaft der Wirtschaft über den Staat, die Herrschaft des Kapitalinteresses über vollliche Lebensnotwendigkeiten, die Herrschaft des Unternehmertums über die Staatsautorität, geführt. Dafür wurde die Schädigung der Betriebe und der Wirtschaft in Kauf genommen. Die Notverordnungen der Regierung Papan mit ihrer unerhört einseitigen Lastenverteilung vom Großbürgertum, Großagrarier und Großkapital auf die Schultern der Armen zeigen deutlich, daß sich die Kämpfe gegen die deutsche Sozialpolitik gelohnt haben. Man wird darin allerdings von der so oft als Fahne hochgezogenen „Volksgemeinschaft“ nichts merken können. Heute sehen wir klar, daß der Kampf der Wirtschaftsherzöge und Condottieri gegen Lohn und Arbeitsrecht im tiefsten ein Sturm gegen den Volksstaat ist, dessen soziales Wollen unter dem Blickfeld der Gleichberechtigung aller Schichten steht.

Wo es um solche Werte geht, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung stets in vorderster Front zu stehen haben. Die Zähigkeit und Unentwegtheit der christlichen Gewerkschaften in diesen Fragen löste besonders heftigen Zorn aus, und man suchte ihren Handlungen den Mantel des marxistischen Klassenkampfes umzuhängen. Zuletzt versuchte es noch **Soltermann** vom Bergbaulichen Verein Essen, in einer an Worten sehr reichen, oberflächlichen Broschüre „Christentum und Klassenkampf“.

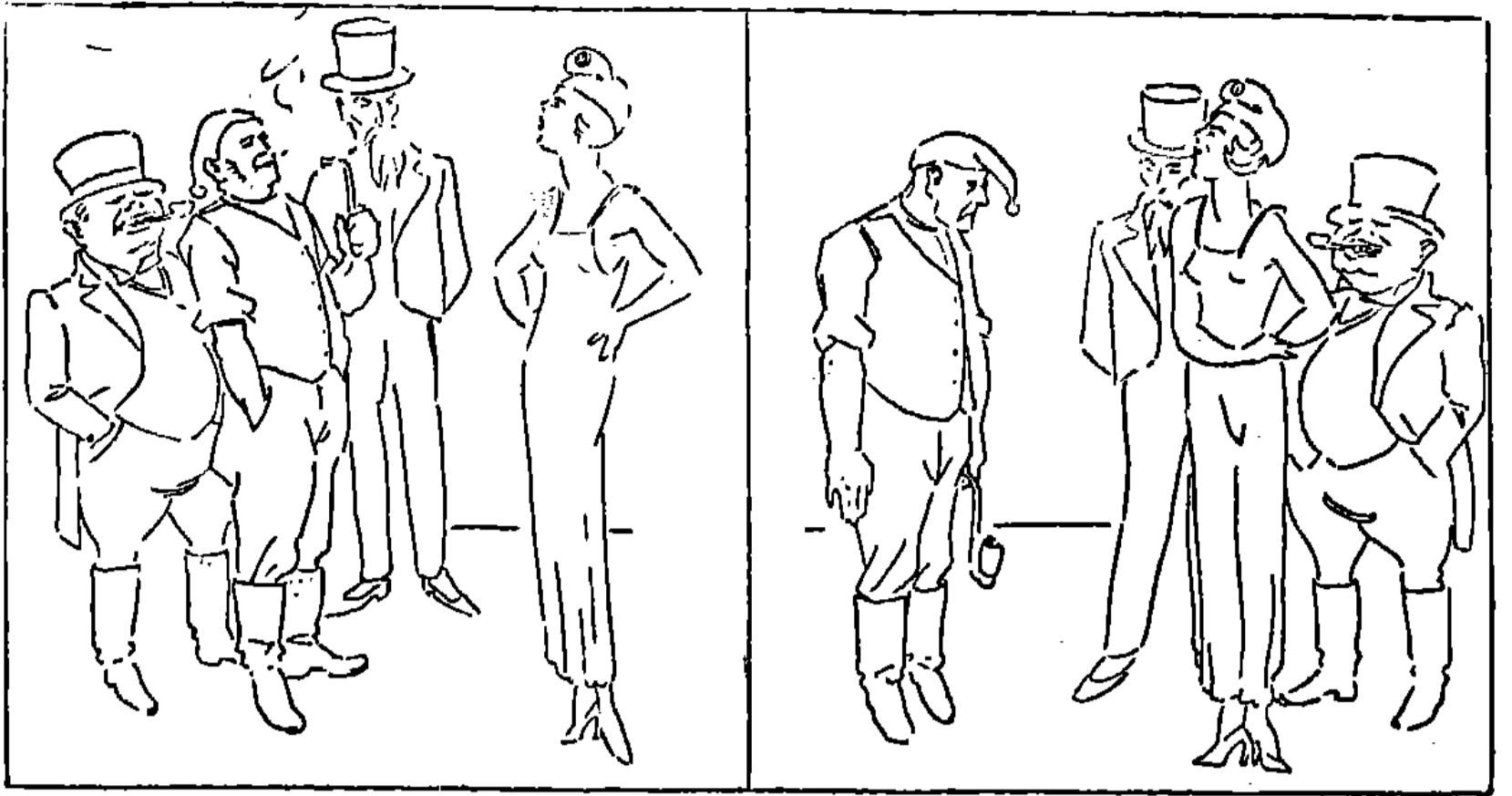
Um den Kampfwillen der christlichen Gewerkschaften zur Hebung der Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit zu diffamieren, suchte man nach neuen und einprägsamen Formulierungen für den Begriff „Klassenkampf“.

Als Klassenkampf wurde gestempelt: Jegliches Ringen um eine materielle Besserung der Lage der handarbeitenden Schichten, Sorge um ihre Existenz, Einsehen für kulturelle Hebung, Kampf um staatsbürgerliche Rechte, Betreuen der Arbeitsinvaliden und Sozialrentner, das Dasein der Gewerkschaften. Alles das wurde zum Klassenkampf.

Dagegen wurde als Volksgemeinschaft proklamiert: Mundhalten der Handarbeiter, Anerkennung eines Großbürgerfeudalismus als die von Gott gewollte Gesellschaftsordnung; Auslösung aller organisatorischen Kräfte der Arbeiterschaft, weil sie „marxistisch“ seien und die Kreise des Neofeudalismus stören könnten; eine hierarchisch von oben nach unten aufgebaute Gesellschaft, bei der die wenigen Kapitalkräfte die meisten Rechte und die die Produkte herstellenden Schichten die wenigsten Rechte haben sollten. Das nennt man dann Volksgemeinschaft.

Weil die christlichen Gewerkschaften eine solche „Volksgemeinschaft“ mit allem Nachdruck ablehnen und bekämpfen, deshalb werden sie in der Öffentlichkeit als Klassenkämpfer dargestellt.

So groß auch Interessengegensätze zwischen den Wirtschaftskontrahenten werden mögen, so ist es für die christlichen Gewerkschaften unmöglich, sich jemals auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen. Was die christlichen Gewerkschaften wollen und anstreben, ist eine nationale Arbeitspolitik.



Der weltpolitische Erfolg der „Gewerkschaftsregierung“ Brüning: Die Isolierung Frankreichs. Der „weltpolitische Erfolg“ der Herrenregierung Papan: Die Isolierung Deutschlands.

So begreifen wir denn unter nationaler Arbeitspolitik das Verstehen von dem Aufeinanderangewiesensein aller Volksschichten und Industrien und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für alle beteiligten Gruppen. Das mag sich leicht anhören, aber es scheint für die Praxis zu einer nicht unerheblichen Umformung der wirtschaftlichen, arbeitsmarktlichen, ja selbst lohnpolitischen Auffassung hinführen zu müssen.

Es ist Zeit für alle Gruppen, aus dem Partikularismus ihrer Sonderinteressen herauszutreten und den Blick auf das Gesamte zu richten. Sonst dürften die schönen Worte von Volksgemeinschaft leider nichts weiter sein als das Bekenntnis zu einer Hausmoral, die man sich gezimmert hat, um einseitige Stellungnahmen zu bemänteln. Was not tut, ist der Blick für das Ganze und der Mut, Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Wenn wir etwas als ein Zeichen der werdenden nationalen Arbeitspolitik ansehen, dann ist es das allmähliche Erkennen der unbedingten Abhängigkeit aller Schichten des Volkes voneinander. Fallen große Gruppen des Volkes infolge mangelnder Kaufkraft durch Unterkonsumtion aus, wie Bauern und große Teile der Arbeiter, dann fühlt die ganze Wirtschaft diesen Ausfall. Selbst die sozialistische Partei konnte sich dieser Einsicht nicht entziehen und stimmte — etwas geradezu Unerhörtes in ihrer Geschichte — für Erhöhung der Zölle auf bestimmte landwirtschaftliche Produkte.

Eine nationale Arbeitspolitik bedarf eines Aufgeschlossenseins aller Teile. Sie allein für die Arbeiterschaft zu fordern, würde nur ein Wort mehr prägen, aber es nicht zur Tat werden lassen. Wir wünschen, daß das Unternehmertum, dessen bedeutsame Führer noch in letzter Zeit sich zu einer solchen Arbeitspolitik in ihren Reihen bekannten, in verstärktem Maße sich auch positiv dazu stellen würde. Grundlage dessen könnte natürlich nichts anderes sein, als die innere Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung als der Vertreterin der Arbeiterschaft. Die Spannungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft liegen zutiefst mitbegründet in der äußeren Anerkennung und meistens inneren Nichtanerkennung der Gewerkschaften. Das hat sich im arbeitsrechtlichen Leben ebenso gezeigt wie in der Behandlung von Gewerkschaftlern im Betriebe. Eine nationale Arbeitspolitik, die die Interessen des Ganzen fördert, muß basieren auf der Anerkennung der sozialpolitischen und rechtlichen Errungenschaften der Arbeiterschaft.

So und nicht anders stehen die christlichen Gewerkschaften zum Wirtschaftsleben. Die Konsequenzen, die sie daraus zogen, waren stets die gleichen: Bei allem Ringen um die Höherführung der eigenen Schicht müssen aber doch die Einzelinteressen den Gesamtinteresse untergeordnet bleiben.

Großgehälter und Berechtigt für die Arbeiterschaft



Die „Anpassung an die Armut der Nation“ ist ein seit der Herrschaft des Systems Papen beliebtes Schlagwort geworden. Damit sucht man die Sinne der notleidenden Schichten zu düpiieren. Wie es in Wirklichkeit um die „Anpassung“ steht, davon legen nach wie vor die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften Zeugnis ab. Seit Brüning's Aktienrechtsnovelle wird hinter die Bezüge der Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften geleuchtet. Das hat Brüning den Haß der Großbourgeoisie zugezogen. Das ist auch ein Grund gewesen, warum er fallen mußte.

Wir haben in unserem Organ eine Reihe dieser „Anpassungsmöglichkeiten“ im Zeitalter der Notverordnungen bekanntgegeben. Einen typischen Fall möchten wir neuerdings aus der großen Zahl herausziehen.

Die Rowad & Grünfeld A.G. Charlottenburg, eine Erz- und Eisenhandelsfirma, gehört zum Konzern der Metallgesellschaft Frankfurt. Sie wies im Geschäftsjahr 1931/32 bei 7,5 Millionen RM. Aktienkapital einen Verlust von 2,9 Millionen RM. aus. Trotz dieses Riesenverlustes dotierten sich Vorstand und Aufsichtsrat mit 358 000 RM. Rechnet man dem Aufsichtsrat 40 000 RM zu, dann bleiben für die 4 Vorstandsmitglieder pro Kopf 80 000 RM. Welch ein reiches Betätigungsfeld für Herrn von Papen, etwas für Ankurbelung notleidender Betriebe zu tun. Aber statt dessen macht das System Papen lieber erbarmungslose Notverordnungen für die Arbeiter. Und im übrigen sind ja auch die Gewerkschaften schuld an die Notlage der Betriebe.

So sieht es heute vielfach in der Wirtschaft aus. Schlechtlaufende Betriebe, große Verluste, Riesegehälter und Kampf gegen den Lohn. Dennoch müssen wir sagen, daß es auch In-

dustrielle gibt, in denen noch ein Gerechtigkeitsgefühl lebt und die besonders sich über die Notverordnungen Papens ihre eigenen Gedanken machen.

Unser Christlicher Metallarbeiterverband hatte auf seiner Generalversammlung in Königswinter gefordert, daß die ab 15. September 1932 infolge der Notverordnungen eintretenden Lohnabzüge den Arbeitern gutgeschrieben und vorläufig vom Reich als Selbstschuldner übernommen würden. Zur Auszahlung sollten diese Beträge kommen ein Jahr nach Fortfall der Unterstützungen an die Industrie. Diese Entschließung hatte mit Recht große Kreise gezogen.

Jetzt macht ein bekannter badischer Industrieller, Dr. Sackelsberger, von sich aus einen ähnlichen Vorschlag. In einer großen Rede in Münster i. W. am 17. Oktober führte er u. a. folgendes aus:

„Die Regierung, die neuerdings stets an das ganze Volk appelliert, um es zur Einigkeit und gemeinsamen Ueberwindung der Wirtschaftsnote aufzufordern, sollte daher eine Ausdehnung des Systems der Steuerrückvergütung in Erwägung ziehen. Es würde zweifellos als Akt ausgleichender Gerechtigkeit empfunden werden, wenn auch unsere Arbeitnehmerschaft einen Teil der hohen Steuerlast, die sich aus dem Lohnabzug ergibt, in Form von Steuerscheinen zurückvergütet erhielte. Jeder dieser Steuerscheine würde sich aber auch unmittelbar in Verbrauch umsetzen und eine belebende Wirkung auf die Wirtschaft ausüben. Diese zweiseitige Bekämpfung der Krise durch die Privatinitiative und eine gleichzeitige Konsumsteigerung müßte doch noch mit größerer Sicherheit zu einer Erhöhung der Umsatztätigkeit, Minderung der Arbeitslosenzahl und damit auch zu höheren Steuereinnahmen führen.“

Diesen bedeutsamen und von vorbildlichem sozialen Geiste getragenen Ausführungen des badischen Industriellen können wir nur zustimmen. Herr von Papen hat darauf die Antwort: „Technische Undurchführbarkeit“. Das kennzeichnet die „soziale Gerechtigkeit“ des Systems Papen. Den Kampf können wir dagegen nur erfolgreich führen, wenn die gewerkschaftliche Organisation schlagkräftiger dasteht. ... r.

Graf Posadowsky †



Man hat ihn der Tod, der ihn fast vergessen zu haben schien, doch geholt. Den alten sozialen Kämpfer. Den „Graf im Barte“. Den Altmeister der deutschen Sozialpolitik. 88 Jahre alt, ist er von uns gegangen. Sein Name ist ein Symbol für die Großleistungen der deutschen Sozialpolitik geworden. Aus einem unbezähmbaren Gerechtigkeitsdrang und einem tiefen christlich-sozialen Gefühl verfolgte er ein sozialpolitisches Programm in einer Zeit, als von Sozialpolitik zu reden noch sehr schwer und als der Einfluß der Scharfmacher bei Hofe sehr groß war.

Damals mühten sich im Reichstag die Hitze, Trimborn, Stöcker um eine Aufgeschlossenheit des deutschen Volkes für die großen sozialen Fragen. Ihnen stand der mächtige Einfluß der Kirdorf und Stumm gegenüber. Seit dem Jahre 1897, als Graf Posadowsky Staatssekretär des Innern wurde, verfolgte er mit bedeutender Zielsicherheit sein Programm. Am 12. Dezember 1898 sprach er im Reichstag Worte, nach welchen das „christliche“ System Papen nur handeln sollte:

„Ein Kulturstaat kann die soziale Gesetzgebung gar nicht zum Stillstand bringen. Ein Stillstand der sozialen Gesetzgebung wäre



ein Stillstand der fortschreitenden Gesittung des Deutschen Reiches überhaupt.“

Posadowsky baute das Versicherungswerk Bismarcks weiter aus. Ja, es gelang ihm sogar, die damals stets grollende Sozialdemokratie 1899 gelegentlich der Beratungen über die Reform der Sozialversicherung geschlossen für die Annahme eines sozialpolitischen Gesetzes zu bewegen.

Mit unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung verbanden ihn enge geistige Beziehungen. Als der alte Kirdorf, ein Industrieller par excellence und dabei ein Scharfmacher, wie er im Buche stand, in Mannheim 1906 das Wort aussprach: „Die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer als die roten“, erklärte Graf Posadowsky ganz offen:

„Es scheint bei den Industriellen Kreise zu geben, welche hoffen, daß trotz unserer großen industriellen Entwicklung die Arbeiterbewegung gesehlich beseitigt werden könne. Ich möchte sagen, daß ich es begrüße, wenn sich eine Arbeiterbewegung — wie die christlich-soziale — entwickelt, welche erklärt: Wir sind auch dafür, daß die materielle Lage des Arbeiters dem wachsenden Wohlstand des gesamten Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gestiegenen Lebensbedürfnissen und gestiegenen Lebensmittelpreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an den öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dieses Ziel mit gesetzlichen Mitteln verfolgen.“

So sprach der aufrechte soziale Kämpfer. 1907 trat er unter dem Druck der Reaktion zurück. Seine wichtigsten Reformen waren die die Selbstverwaltung erweiternden Verbesserungen der Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung. Vor allem setzte sich Posadowsky auch ein für ein gesundes Wohnungs- und Siedlungswesen. Das Gesetz zum Schutze der Kinder in der Hausindustrie, verschiedene Gesetze zum Schutze der

Arbeiter in gesundheitschädlichen Betrieben waren ihm neben anderen gelungen.

Was ihn aber besonders auszeichnete, war seine finanzielle Tüchtigkeit. Das hatte er als Landeshauptmann der Provinz Posen bewiesen, die er in wenigen Jahren auf eine gesunde finanzielle Basis stellte. Dadurch wurde auch Wilhelm II. auf ihn aufmerksam. Seit 1893 stand es fest, daß Posadowsky eine bedeutende Stellung im Reich bekleiden

würde. 1897 wurde er Staatssekretär des Innern. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst betätigte er sich politisch. Der Graf im Barte war im Reichstag eine bekannte Persönlichkeit.

Nun ist er von uns gegangen. Aber sein Geist lebt weiter. Die christliche Metallarbeiterschaft wird diesen starken sozialen Menschen und Führer nie vergessen.

... er.

Die Bürgersteuer wird weiter erhoben



„Das Steuer muß grundsätzlich heruntergerissen werden!“ So sagt Herr von Papen. Aber diese Steuer erhebt er grundsätzlich weiter. Weitere Belastungen des deutschen Volkes dürfen nicht mehr vorgenommen werden. So und ähnlich hörte man bei Antritt der Regierung Papen. Diese selbst äußerte sich in ähnlichem Sinne. Dieses veranlaßte die der Regierung Papen nahestehende „Berliner Börsenzeitung“ zu der Feststellung:

„Das neue Kabinett Papen lehnt es ab, durch neue, die Wirtschaft belastende Besitz- und Einkommensteuer der Schwierigkeiten Herr zu werden, in der richtigen Erkenntnis, daß die Steuerschraube bereits überdreht ist.“

Für die Oberen war die Steuerschraube überdreht. Deshalb quetscht man, weil man Geld braucht, die Armen aus.

Nach den ursprünglichen Plänen sollte die Bürgersteuer nur eine vorübergehende, zeitlich begrenzte Steuer sein, die nur bis zum Juni dieses Jahres erhoben werden sollte. Die Gemeinden forderten die Bürgersteuer als Einnahmequelle für längere Dauer. Nachdem dieser Forderung anfänglich von der Regierung Papen widersprochen wurde, ist ihr durch Verordnung vom 4. September 1932 entsprochen worden.

Die Bürgersteuer 1932

wird von allen Gemeinden erhoben, die diese schon für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben. Voraussetzung ist, daß diese Gemeinden die Erhebung bis zum 30. September rechtskräftig beschlossen haben oder daß die Landesregierung bis zum 20. September für ihren Bereich bestimmt hat, daß die Bürgersteuer 1932 von allen Gemeinden, die diese auch 1931 erhoben haben, zu erheben ist.

Mit Ausnahme von Bayern und Württemberg haben alle Länder von der letzteren Bestimmung Gebrauch gemacht. Bayern erhebt an Stelle der Bürgersteuer für den gleichen Zeitraum, für den die Bürgersteuer erhoben wird, eine besondere Abgabe zugunsten der Gemeinden, die durch die Wohlfahrtslasten und die Arbeitslosenhilfe besonders belastet sind. Diese Wohlfahrtsabgabe ist eine einmalige Abgabe, die in Verbindung mit der Miete für Wohnungen und gewerbliche Räume erhoben wird.

In dem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 9. September 1932 ist ausdrücklich festgelegt, daß die Bürgersteuer 1932 in Gemeinden, in denen sie im Rechnungsjahr 1931 nicht erhoben wurde, nicht erhoben werden darf.

Wer zahlt Bürgersteuer?

Bürgersteuer zahlt grundsätzlich jeder Arbeitnehmer, der diese auch im Rechnungsjahr 1931 gezahlt hat.

Für den Fall, daß eine Gemeinde, die 1931 Bürgersteuer erhoben hat, heute in der glücklichen Lage ist, davon absehen zu können, wird dem Arbeitnehmer, der am Stichtag (10. Oktober 1932) seinen Wohnsitz darin hatte, eine Bescheinigung erteilt, daß Bürgersteuer nicht erhoben wird. In diesem Falle darf eine Einbehaltung der Steuer nicht erfolgen. Diese Ausnahme dürfte aber nur in sehr wenigen Fällen eintreten.

Wie hoch ist die Bürgersteuer 1932?

Die Höhe der Bürgersteuer richtet sich nach dem Gesamtbetrag der 1931 entrichteten Steuer. Jedoch treten folgende Abweichungen in Kraft:

1. Von dem Betrag der Bürgersteuer — ohne Frauenzuschlag — wird nur die Hälfte erhoben.
2. Der Frauenzuschlag in Höhe von 50% des auf den Ehemann entfallenden Betrages fällt fort.
3. Der dann noch verbleibende Betrag wird nochmals um 25% gekürzt.
4. Lohnsteuerfreie Personen zahlen nur die Hälfte.

Danach würde der Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1932 nur noch drei Achtel des Gesamtbetrages der Steuer von 1931 ohne Frauenzuschlag betragen.

Wer ist von der Bürgersteuer 1932 befreit?

Von der Zahlung der Bürgersteuer ist der Arbeitnehmer befreit, dessen Lohn bei der maßgebenden Lohnzahlung die allgemeine Freigrenze nicht übersteigt. Diese Freigrenze beträgt:

1. bei der Zahlung des Lohnes bzw. Gehaltes nach Monaten für den Monat 42,— RM.
2. bei der Zahlung für volle 14 Tage 20,— "
3. bei der Zahlung für volle Wochen 10,— "
4. bei der Zahlung für den vollen Arbeitstag 1,70 "

Darüber hinaus sind die Gemeinden berechtigt, eine weitere Freigrenze einzuführen. Diese besteht in dem Betrag, den der Arbeitnehmer unter Berücksichtigung seines Familienstandes im Falle seiner Hilfsbedürftigkeit von der allgemeinen Fürsorge erhalten würde.

Wird infolge Kurzarbeit usw. bei der Lohnzahlung die Grenze des für die Zahlung von Lohnsteuer steuerfreien Einkommens nicht erreicht, so ermäßigt sich die Steuer auf die Hälfte des nach vorstehenden Ausführungen sonst zu zahlenden Betrages. Diese Ermäßigung tritt jedoch nicht mehr ein, wenn schon bei der Bürgersteuer 1931 der Betrag der Bürgersteuer wegen Befreiung von der Lohnsteuer auf die Hälfte ermäßigt war.

Wie wird die Bürgersteuer eingehalten?

Die Bürgersteuer wird wie bisher durch den Arbeitgeber bei der Zahlung des Lohnes oder Gehaltes einbehalten. Die Einbehaltung erfolgt in drei bzw. sechs gleichen Raten.

Wird Lohn oder Gehalt für den Zeitraum von länger als einer Woche gezahlt, so erfolgt die Einbehaltung der Steuer in drei Raten, und zwar bei den auf den 10. Oktober, 10. November und 10. Dezember folgenden Lohnzahlungen.

Wird der Lohn für nicht mehr als eine Woche gezahlt, so erfolgt die Einbehaltung der Steuer in sechs Raten, und zwar bei den auf den 10. und 24. Oktober, November und Dezember folgenden Lohnzahlungen.

Wird die Steuer in drei Raten einbehalten, so ist jedesmal ein Achtel, wird sie aber in sechs Raten einbehalten, dann ist jedesmal ein Sechzehntel des Gesamtbetrages einzubehalten.

Erreicht ein Arbeitnehmer, welcher 1931 volle Bürgersteuer gezahlt hat, heute mit seinem Lohn nicht mehr den lohnsteuerfreien Betrag, so ermäßigt sich für ihn die sonst unter normalen Verhältnissen zu errechnende Steuer — wie oben schon erwähnt — um die Hälfte. In einem solchen Falle ist statt einem Achtel jeweils ein Sechzehntel und statt einem Sechzehntel jeweils ein Zweiunddreißigstel einzubehalten.

G. Pelster.

NB. Ueber die Bürgersteuer 1933 folgt ein weiterer Artikel.

Branchenbewegung

Warum melden sich so wenig Schlosser zur Meisterprüfung?

Die Antwort auf diese Frage lautet: Weil die Zeiten so schlecht sind. Wenn aber auch der einzelne in der gegenwärtigen Zeit dunkel in die Zukunft sieht, so liegt darin kein Grund, daß er nicht durch die Meisterprüfung zeigt, was er kann. Aber da hapert es. Krieg, Inflation und die schon fünf Jahre andauernde Wirtschaftskrise sind schuld daran, daß mancher sich in seinem Schlosserhandwerk nicht so ausbilden konnte, wie es früher der Fall war und wie es im Interesse des Handwerks gefordert werden müßte. Es entsteht daher die Frage: Wo kann man die Lücken in seinem handwerklichen Können ausfüllen? Ein wirksames Mittel sind die großen Meisterkurse, die im Rheinland in der Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz in Köln veranstaltet werden.

Die Meisterkurse sind in erster Linie für angehende Meister eingerichtet. Aber auch jüngeren Gesellen und älteren selbständigen Schlossern kann die Teilnahme nur dringend empfohlen werden. Die Meisterkurse erstrecken sich auf Bau- und Kunstschlosserei, auf Maschinenschlosserei und auf Autoschlosserei. Sie dauern 8 Wochen. Gegen Ende des Kurses wird mit dem Meisterstück begonnen, das die Teilnehmer in der Anstalt nach dem Kursus fertigstellen können, ohne daß dafür besondere Gebühren erhoben werden.

Das Unterrichtsgeld beträgt für den ganzen Kursus 75 RM. Im Bedarfsfalle kann eine Ermäßigung eintreten. In einzelnen Fällen kann auch ein Stipendium gewährt werden. Arbeitslose Gesellen, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, erhalten die Erwerbslosenunterstützung während des Kurses weiter. Jedoch müssen sie für den

Besuch des Kurses die Genehmigung des Arbeitsamtes haben, und auswärtige Teilnehmer müssen sich an das Arbeitsamt Köln überweisen lassen.

Der Unterricht erstreckt sich auf:
Sachzeichnen; Konstruktions- und Formenlehre für Schlosser.
Lehre von den Werkzeugen und Werkzeugmaschinen für Metallbearbeitung mit Übungen; Unfallverhütung.

Lehre von den Kraftmaschinen für das Kleingewerbe. Wirkungsweise, Konstruktion, Aufstellung und Wartung derselben.

Materialienlehre; die wichtigeren Metalle, Eigenschaften, Verwendung und Verarbeitung derselben. Besondere Berücksichtigung finden die verschiedenen Arten des Eisens. Die Legierungen. Die Mittel zum Schutz und zur Verschönerung der Oberflächen.

Werkstattunterricht; Herrichtung und Behandlung des Werkzeugs, Anfertigung von Bau-, Kunst- und Autoschlosserarbeiten mit Benutzung von Handwerkszeug und Werkzeugmaschinen. Auch wird das Kunstschmieden und Treiben geübt.

Kostenberechnung; Ermittlung des Selbstkostenpreises und des Verkaufswertes von Schlosserarbeiten.

Buch- und Geschäftsführung.
Gesetzeskunde und Genossenschaftswesen und volkswirtschaftliche Fragen.

Unterweisungen über die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen.

Der nächste Meisterkurs beginnt am 2. November 1932. Es finden jährlich drei Kurse im Sommer, Herbst und Winter statt. Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an die Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz, Köln, Ubierring 40.

Verbandsgebiet

30 Jahre Olsberg

Unsere Ortsverwaltung Olsberg, eingebettet in den dunkelbewaldeten Höhen des Sauerlandes, konnte vor einiger Zeit den Gedenktag ihres 30jährigen Bestehens feiern. Unsere Olsberger, kernige, selbstbewußte und standesstolze Kollegen, haben stets darauf gehalten, daß bei ihnen möglichst alles reiflos organisiert ist. Aber im Christlichen Metallarbeiterverband. Prächtige Menschen, die aber aus der Haut fahren, wenn man ihnen an ihren Arbeiterrechten klumpen will. Schon „Köbes“ Winter machte diese Erfahrung 1902, als er Olsberg gründete und dort

in einen Kampf mit der Olsberger Hütte verwickelt wurde. Im Sauerland war es auch, wo Köbes Winter acht Tage brummen mußte.

Am 10. Oktober feierte Olsberg den Gedenktag ihrer Gründung. Der große Vereinsaal konnte die Kollegenschaft kaum fassen. Gemeindevorwaltung, Geistlichkeit und Arbeitsamt waren als Gäste erschienen. Ein sprühender Prolog, einige treffliche Musikvorführungen und Gesangseinlagen leiteten zur Begrüßungsansprache des Kollegen Mainzer über, der vor allem auch diejenigen Kollegen begrüßte, welche ihr „25jähriges“ feiern konnten. Verbandsredakteur Kollege Georg Wieder hielt die Festrede, deren Gedanken die Anwesenden für die große Sache des



4.

Sir Galahad

Dieser junge Oelgott John D. III., dessen Vermögen nach fachmännischer Berechnung an seinem 50. Geburtstag so um die 90 000 000 000 000 Dollar betragen dürfte, wurde vor zwei Jahren eingeladen, während seiner Collegeferien beim Völkerbund in Genf zu arbeiten und erhielt von der Schweizer Regierung für zweieinhalb Monate im ganzen 1000 Franken.

Ist es noch nötig zu erwähnen, daß er in der schäblichsten Genfer Pension einquartiert die — Hälfte der Summe erspart nach Hause brachte.

Standard Oil

Ganze Wälder haben schon daran glauben müssen. Sind zu Papier verarbeitet, vollgedruckt worden mit Schmähungen, Würdigungen, Studien, Berichten, Gutachten: einem Deitstanz der Meinungen um den grandiossten Trust, der die Welt je umklammert hielt. Die Zeugenaussage im ersten öffentlichen Prozeß gegen ihn ergab allein 11 Millionen Worte. Seine Entwicklung steht beschrieben in breitshultrigen Bänden, populären wie unpopulären, und sein Bauplan wird an Vollkommenheit dem Imperium Romanum und der katholischen Kirche gleichgestellt.

Wer moralisch heftig geraten ist, also viel Vergnügen aus der Enttarnung zu ziehen vermag, wähle aus dem literarischen Wust das klassische Anlagewerk von Ida Tarbell mit seiner Röntgenisierung der „Standard Oil“ Methoden. Ganz vermessene wäre es natürlich, über ein so kompliziertes Gebilde von Weltreichrang in einem kurzen Artikel mehr auszusagen zu wollen als flüchtigstes Ungefähr. Dies zum Geleit.





Die Eisberger Hütte

Freiheitskampfes der Arbeiterschaft begeisterte. Daran schloß sich die Ehrung der Jubilare, für welche tiefbewegt Fritz Ramroth antwortete. Gegen Abend fand eine den Zeitverhältnissen entsprechende würdige und einfache Familienfeier statt, bei welcher vielfach die alten Erinnerungen aufgetischt und die Jugend auf die Taten der Alten hingewiesen wurde. Möge aus diesen Veranstaltungen ein neuer Strom stolzen freiheitsbewußten Arbeiterdenkens und ein noch festeres gewerkschaftliches Wollen hervorgehen.

Arbeitslosenversammlung in Elbing

In einer vor kurzem stattgefundenen, gutbesuchten Arbeitslosenversammlung berichtete der Geschäftsführer Kollege Granrath über die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Die Versammelten folgten mit größter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners. In einer regen Aussprache kamen die Bedenken der Versammelten zu den angeordneten Maßnahmen offen zum Ausdruck.

Die auf Grund der letzten Notverordnung erfolgten Kürzungen der Unterstützungssätze und der Renten wurden als untragbare Härten besonders gezeihelt. Erhält doch beispielsweise ein Arbeitsloser G., dessen Frau vor einigen Monaten verstarb, jetzt eine wöchentliche Unterstützung in Höhe von 7,20 RM. Allein an Miete hat der betreffende Kollege monatlich

Der Entstehungsmoment der „Standard Oil“ ist, wenigstens was ihre Idee betrifft, so genau bestimmbar, daß Astrologen ihr danach das Horoskop hätten stellen können. „Du, John, hier gibt es zu viele selbständige Raffinerien, ob es nicht vorteilhaft wäre, einige zusammenzulegen“, sagte einmal beim Morgengang ins Geschäft Henry Morrison



„Überzeugt, aber...“

20,85 RM zu bezahlen. Der Kollege ist 56 Jahre alt. Selbstverständlich kann er nicht die Miete erschwingen. Aber wohin nun mit ihm? Wer gibt diesem alten Kämpfer der Arbeit, der 42 Jahre gearbeitet hat, für seine Unterstützung Kost und Logis? Dieses Beispiel könnte durch hundert andere ergänzt werden.

Der Unwille der Versammelten wurde in folgender, einstimmig gefaßten Entscheidung niedergelegt:

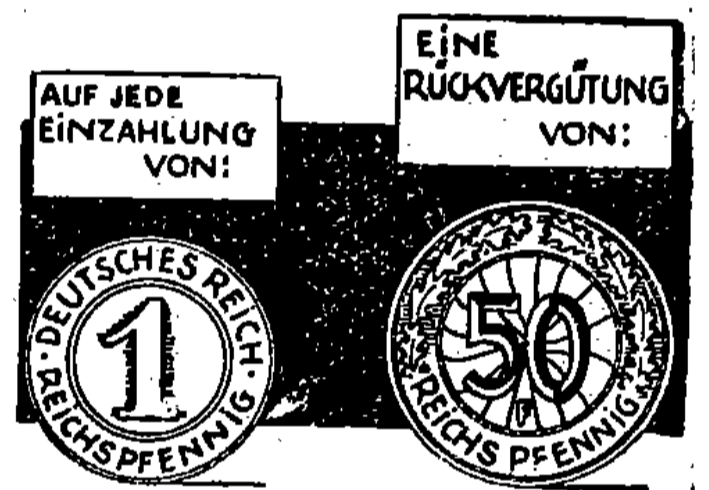
Die Versammelten erheben schärfsten Protest gegen die auf Grund der letzten Notverordnung vorgenommenen untragbaren Kürzungen der Renten und Unterstützungssätze. Die vom Herrn Reichspräsidenten verlangte Existenzsicherung für die unfreiwillig Arbeitslosen ist nach der erfolgten Kürzung bei Tausenden unserer arbeitslosen Kollegen nicht mehr vorhanden. Wenn nicht baldige Erleichterungen eintreten, müssen unerschätzbare Schäden für Leben und Gesundheit der betroffenen Arbeiter und ihrer Familien eintreten.

Die Versammelten begrüßen den Willen der Reichsregierung, das Gepeinert der Arbeitslosigkeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bannen. Sie sehen jedoch in den vorgeschlagenen Maßnahmen der Reichsregierung nicht den geeigneten Weg zur Gesundung unseres Volkstörpers auf lange Sicht. Insbesondere sind die angeordneten Maßnahmen zur Lockerung des Tarifwesens äußerst bedenklich. Eine weitere Schwächung der Verdienste bei den jetzt schon so niedrigen Lohnsätzen nimmt auch dem Arbeitslosen die Hoffnung auf eine Besserung seiner Lage. Auf alle Fälle aber erwarten die Versammelten schärfste Ueberwachung der einzelnen Maßnahmen zur Verhinderung einer mißbräuchlichen Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten zur Senkung der Lohnkonten.

Der Ortsleitung sprechen die Versammelten ihr volles Vertrauen aus. Die Uebernahme von eigenen Arbeitslagern bei den in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten wird besonders begrüßt.

Ge.

1931 zahlten die Genossenschaftsmitglieder des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine Köln noch 0,2 Millionen RM. für Geschäftsanteile ein. Die Rückvergütung 1931 = 9,8 Millionen. In zeitgemäßes Kleingeld umgerechnet entfällt



Die Rückvergütung ist in jedem Jahr etwa so hoch wie die Gesamtsumme der überhaupt bisher eingezahlten Geschäftsanteile.

Flagler zu John D. Rockefeller. „Ausgezeichnet, aber wie willst du den richtigen Wertmesser dazu finden?“ erwiderte der. „Den Wertmesser werde ich schon finden, John.“ Innerhalb dieser knappen drei Sätze liegt der Entstehungsmoment. Am Nachmittag hatte Flagler bereits die erste kleine mit Verlust arbeitende Konkurrenzfabrik dem hocherfreuten Raffineur um 4700 Dollar abgekauft, doch erst 3 Jahre später am 10. Januar 1870 wurde die „Standard Oil“ Gesellschaft zur Herstellung und Verwertung von Petroleum und seinen Derivaten unter diesem Namen mit einem Aktienkapital von einer Million Dollar gegründet. Dazwischen aber liegt allerhand, nämlich der schweigende, heimliche, hinreißende Aufstieg des schätzbaren Betriebes von Rockefeller, Andrews und Flagler zu Cleveland beherrschender Raffinerie.

„Das Ölgeschäft glich damals einem Tollhaus“. Die Produzenten an einem Ende der neuen Industrie, die Raffineure am andern Ende, jede Partei wollte den fetten Bissen zur Gänze allein verschlucken, dabei rivalisierten am Raffinerienende wiederum fünf Zentren: Newyork, Cleveland, Philadelphia, Pittsburgh und die Ölregion untereinander um die Vormacht. Letztere, durch die Nähe des Urproduktes begünstigt, war, so hätte man meinen sollen, zur Siegerin bestimmt; Cleveland dagegen, griffen alle gemeinsam an, es sollte als Rivale „wie mit einem Schwamm ausgedrückt werden“. Die Raffinerie dort ergriff Panik. Was tun? Zusperrern? In die andern Zentren übersiedeln? Nicht nötig, Rockefeller & Co., immer ohne Geld, aber mit einer mystischen Kraft begabt, Kredit zu erlangen, kauften sie auf. Billig natürlich.

Hier kommen zum erstenmal die Eisenbahnen ins Spiel. Vier mächtige Linien hatten ihre Kopfstationen bis in die Ölprovinzen vorgetrieben, rangen dort um die einträgliche neue Fracht. Cleveland, zwar fern vom Petroleumgebiet, lag dafür am Wasserweg nach Newyork, konnte auch diesen benützen. Der 26jährige Rockefeller, hier jetzt Herr des Endproduktes, ging zum Präsidenten der „Lake Shore“ Bahn und verlangte mit eiserner Stirn einen Sonderrabatt für den Transport des Rohöls von den Quellen bis zu ihm und seines Raffinats, dann weiter nach Newyork, im Tausch gegen das Monopol der Verfrachtung: Minimum 60 Waggons pro Tag. So erhielt sich Cleveland als Stadt der Raffinerien zum Staunen der ahnungslosen Gegner.

Aus den Betrieben

Und nun bei Reuter in Gelsenkirchen?

Schon wurden an dieser Stelle die Zustände erwähnt, wie sie mangels eines Orts- oder Bezirksrats im Bauhlofferhandwerk Gelsenkirchens vorliegen. Durch die übergroße Laueit der Gehilfenschaft kam trotz aller Bemühungen der gewerkschaftlichen Organisation ein Tarif nicht zustande. Tausende von Reichsmark haben die Gehilfen und Lehrlinge in den letzten Jahren an Minderlohn gegenüber ihren Kollegen in Nachbarstädten verloren. Die Arbeitszeitverordnung ist vielfach ein Buch mit sieben Siegeln zum Vorteil der Meister geblieben. Ueber die Lehrlingsverhältnisse könnte ein Buch geschrieben werden unter dem Titel: „Wie kann in Notzeiten der goldene Boden dem Handwerk erhalten bleiben?“

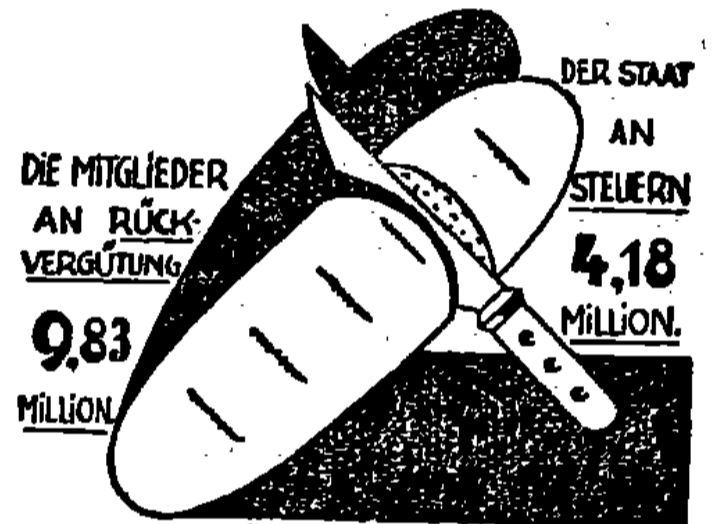
Ein typisches Beispiel hierfür ist die Firma W. Reuter, Inhaberin M. Reuter. Die Firma Reuter, in Gelsenkirchen nicht unbekannt, ging durch Konkurs den Weg alles Vergänglichem. Unter obigem Namen tauchte sie erneut auf. Wenn schon die Lohnzahlung für die Gehilfen allerhand Schwierigkeiten unterworfen war, so läßt sich denken, wie es mit der Lehrlingsentlohnung steht. Der verfeinerte Ausdruck dafür ist bekanntlich Lehrlingsentgelt, und den allerfeinsten Ausdruck dafür haben die Innungen mit der Bezeichnung Erziehungsbeihilfe.

Wie sich die genannte Firma diese Erziehungsbeihilfe denkt, das erfährt ein Kollege unseres Verbandes. Dessen Sohn, Mitglied unserer Jugendabteilung, trat Ostern dieses Jahres bei der Firma Reuter in die Lehre. Es wurde eine sechswöchige Probezeit vereinbart. Nach Ablauf derselben bemühte sich der Vater um den Abschluß des Lehrvertrages. Nach vielen Mahnungen wurde etwa zehn Wochen später ein solcher vorgelegt. Aber, o Schreck, als Beteteiligte und Interessenten den Inhalt erblickten! Vier Jahre Lehrzeit. Im 1. Jahre Verdienst 0, im 2. Jahre 1,92 RM, im 3. Jahre 3,84 RM und im 4. Jahre 5,76 RM je Woche. Während der Erkrankung des Lehrlings wird vorstehende Entschädigung nicht gezahlt, ebenfalls nicht für nicht geleistete Stunden. Falls keine Arbeit vorhanden ist, hat der Lehrling keinen Anspruch auf Beschäftigung. Krankenkassenbeiträge und alle anderen Versicherungsbeiträge hat der Lehrling anteilig zu zahlen. Angesichts dieser Bestimmungen wurde also verlangt, daß der Lehrling im 1. Lehrjahre noch allwöchentlich Geld von zu Hause mitbrachte zur Zahlung der Versicherungsbeiträge. Wurde der Lehrling im 2. und 3. Lehrjahre nur teilweise beschäftigt, so war eventuell das gleiche der Fall. Herrlich, so ein Lehrvertrag, und zwar so wunderbar, daß der Vater keinen Geschmach dafür finden konnte und seinen Sohn von Reuter fortnahm mit dem Verlangen nach Bezahlung der mehr als ein Vierteljahr geleisteten Dienste. Das wurde brüsk abgelehnt. Und nun kam Klage beim Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten. Als Besitzer erschien hier der Innungsoberrmeister mit seinem Gehilfen. Der Besitzer sowohl als auch die Innung wissen wohl kaum, daß die gefällten Schiedsprüche ungültig sind, weil die Mandate der beim

Schiedsgericht mitwirkenden Besitzer längst erloschen sind. Es soll hier aber keine Abhandlung folgen über Unabhängigkeit von Besitzern, wenn zwei so innig verbundene Träger des Handwerks zusammen ihres Amtes walten. Alles das kann man hinnehmen in der Erkenntnis, daß es sich um Erledigung einer Formalität handelt, auch daß der Arbeitgeberbesitzer schon während der Verhandlung durch Äußerungen erkennen ließ, daß er auf selten der anwesenden Firmeninhaberin stand. Diese wird es wohl verstehen, von der Not der Zeit möglichst nicht erfaßt zu werden, obgleich R. andere um so mehr die Notzeit verspüren läßt. Im Urteil bekam denn auch die Firma recht, da sich der Lehrvertrag in der Entlohnung auf die von der Innung herausgegebenen Richtlinien aufbaute und in seinem übrigen Inhalt zeitgemäß gehalten sei. Die verlangte Entlohnung für die Viertelfjahresarbeit wurde abgelehnt, da im ersten Lehrjahr keine Erziehungsbeihilfe vorgesehen sei. In einer ganz unqualifizierten Art legte die Firmeninhaberin über den jungen Mann los, ließ aber den Vater des Lehrlings in der Hoffnung auf das Zustandekommen eines annehmbaren Lehrvertrages und nutzte währenddem die Arbeitskraft seines Sohnes ohne jede Vergütung aus. Dem Rat folgend, den der Vater erhalten hat, wurde am Arbeitsgericht Berufung nicht eingelegt, denn es wäre wohl verlorene Mühe und verlorener geldlicher Aufwand gewesen, denn wo nichts ist, hat selbst der Kaiser sein Recht verloren, sagt ein bekanntes Sprichwort, und mit diesem Bewußtsein scheidet man am besten vorzeitig von der Firma Reuter. Die Schlofferinnung mit ihren „beachtenswerten“ Richtlinien und ihren Meistern aber ist und bleibt der lachende Dritte, Gehilfen und Lehrlinge bleiben die Dummen. Unser Zielstreben wird bleiben, auch im Schloffergewerbe Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen.

G. Z.

Don dem Geld, das die Konsumgenossenschaften unseres Reichsverbandes 1931 erwirtschaftet haben, erhielten

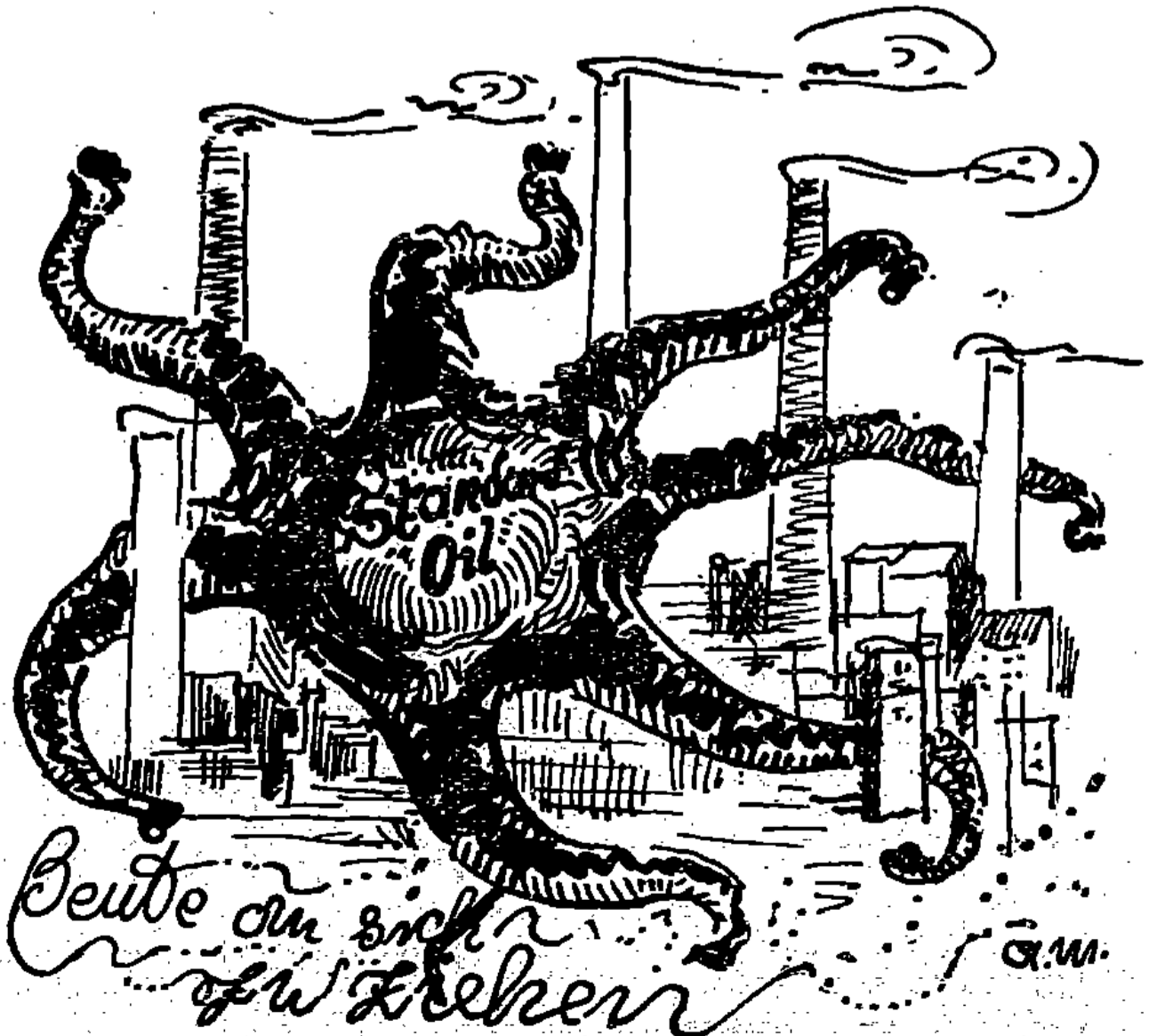


Und dabei hört man immer noch das Märchen von der Steuerfreiheit der Konsumvereine.



Es war dies der Anfang jenes ebenso ungeschicklichen wie genial organisierten Rabattsystems, das die „Standard Oil“ später auf fast sämtliche Linien der Union ausdehnte, bis so ziemlich die ganze freie Konkurrenz vernichtet war. Weiß Gott, durch welche Mittel Rockefeller es verstand,

schließlich Leute, wie die Herren Danderbilt, Gould, Scott, Fisk, dahin zu bringen, auf ihren eigenen Bahnen sein Öl nicht nur um ein Drittel billiger zu befördern als das der Konkurrenz, sondern ihm auch noch, was diese mehr zu zahlen hatten, in Barem abzuliefern, wobei ihm jeden Tag Einbild in die Transportlisten der Gegner gestattet war: das berühmte Spionage-system der „Standard Oil“! Wie sollte da ein Unabhängiger bestehen? (Fortsetzung Seite 615.)



Sollen wir zusehen und abwarten?

Wer die gegenwärtigen Geschehnisse im Wirtschaftsleben mit Aufmerksamkeit verfolgt, der wird sich klar darüber sein, daß gewisse Umformungen in der Wirtschaft sich vollziehen werden, notgedrungen sich vollziehen müssen. Die kapitalistische Privatwirtschaft hat glatt versagt. Falsche Kapitalwertung, eine verderbliche Jochucht und Gewinnjucht, Mangel an Verantwortungsgefühl dem Volksganzen gegenüber, haben uns den wirtschaftlichen Ruin gebracht, unter dem heute Millionen deutscher Volksgenossen leiden. Auch die zunehmende Technisierung kann nicht allein als Ursache der Krise gelten, denn trotz des ungeheuren Ueberschusses an Produktionskräften haben Millionen deutscher Volksgenossen nicht das Allernotwendigste an Nahrung und Kleidung. Als Frau, die mit diesen alltäglichen Dingen eng verwachsen ist, sage ich mir: Es muß sich ein Weg finden lassen, unserem deutschen Volke wieder Lebensmöglichkeit und Daseinsfreude zu geben. Wie stehen nun wir Konsumgenossenschaftsrinnen zu diesen gewaltigen Geschehnissen im Wirtschaftsleben? Wir müssen mehr als je auf unsere Selbsthilfe bauen. Die Genossenschaft ist ein Weg zur Freimachung von der Privatkapitalwirtschaft.

In der Broschüre „Nationalsozialismus und Konsumgenossenschaftsbewegung“ sagt Robert Schlösser treffend: „Wenn der Handel nicht arge Mißstände gezeitigt hätte, gäbe es heute vielleicht keine Genossenschaft. Wucher, Ueberschneidung, Borgsystem, Warenfälschung und sonstige Mißstände sind die Ursachen, daß die Genossenschaften entstanden sind.“

Die Ältesten von uns werden sich der Gründe für die genossenschaftliche Selbsthilfe wohl erinnern. Wir bleiben lebendig im Gedächtnis die Verhältnisse meiner Kinderjahre. Die Not der kleinen Leute wurde von den Händlern mißbraucht, vor allem durch das System des Borgens. Fast der ganze Lohn des Familienvaters wanderte zum Krämer. Für die sonstigen Lebensbedürfnisse der Familie und zur Verschönerung des Hauses blieb nichts übrig.

Nein, so soll es nicht mehr kommen! Da sind wir Frauen von der Konsumgenossenschaft mit dabei! Wir werden nicht zusehen und abwarten in dem Ringen um bessere Wirtschaftsformen. Wir greifen mit in die Speichen, das Rad der Zeit zu drehen. Wir sind nicht Gegner des Mittelstandes. Auch der Stand hat das Feilscherecht. Aber Ueberschneidung und einseitige Gewinnanhäufung, die lehnen wir ab.

Wir verlangen menschenwürdige Lebensart auch für den kleinen Angestellten und Arbeiter.

Noch ein Wort zum Warenhaus und zu den Einheitspreisgeschäften. Nehmen wir einmal unter die Lupe, was die Ärmsten für ihre wenigen Mittel dort kaufen. Ueberschneidigen Tand, Gegenstände, die mit natürlichem Bedarf nichts gemein haben. Mancher kauft gewiß nur für eine geringfügige Summe, weil er nicht in der Lage ist, einmal ein solches Kleidungsstück anzuschaffen. So wird die Auffassung des notwendigen Bedarfs falsche Wege geleitet.

Auch diese Auswüchse in unserem Wirtschaftsleben bekämpft die Konsumgenossenschaft. Sie will vornehmlich die Frauenwelt dazu erziehen, für ihre Familien erst das Notwendige, dann das Nützliche und zuletzt das vielleicht Entbehrliche zu kaufen.

Durch eine lebendige Mitarbeit in der Konsumgenossenschaft, die da bestehen kann in einer vernünftigen Warenkritik, Mitwirkung bei der Preisgestaltung, durch restlose Deckung unseres Bedarfs kommen wir auf sicherstem Wege dazu, das gesunkene Niveau zu heben, den Lebensstandard des kleinen Beamten, Angestellten und Arbeiters zu verbessern.

Welch einen Segen bedeutet in den kommenden Monaten wieder die Rückvergütung für unsere Verbraucher. Hilft dieselbe doch wieder über die drückende Winternot hinweg. So ist die Konsumgenossenschaft wirkliche Selbsthilfe. Sie leitet die Gewinne in die richtigen Kanäle, um das Volkwohl zu fördern. Sie ist ein persönlicher Ausgleich zwischen Kapital und Nichtbesitz. Deshalb halten wir Frauen der Konsumgenossenschaft die Treue!

Fr. Thönnissen.

In gleichem Schritt und Tritt



lese Worte, erinnernd an die Weise vom guten Kameraden, lassen wohl auch den Gedanken daran zu, daß unsere Hausfrauen als Gattinnen und Mütter bewußt oder unbewußt gute Kameraden im Leben und Streben ihrer Männer sind. Besonders in der jetzigen Notzeit beweisen unsere Arbeitnehmerfrauen wieder einmal, daß sie opferwillig, tatkräftig und mitarbeitend das harte Schicksal unserer Tage zu meistern versuchen. Im gleichen Schritt und Tritt vertreten sie mit den Männern wirtschaftliche, politische und soziale Interessen der Gegenwart und Zukunft in der Gewerkschaft, im Standesverein und in der Konsumgenossenschaft.

Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft! Ja, darauf kommt es gerade jetzt wieder an! Unsere älteren Hausfrauen wissen aus persönlicher Erfahrung, wieviel Mitarbeit, Gemeinschaftsgeist und Verantwortungsbewußtsein das Großwerden von Gewerkschaft und Genossenschaft als Selbsthilfeorganisation der Arbeitnehmer notwendig brauchte, um kleine und große Erfolge verbuchen zu können. Beantworten wir einmal ehrlich die Frage, ob wir immer daran denken, daß das Recht auf Hilfe in kranken Tagen und Zeiten der Not, der Fürsorge für Witwen und Waisen, der Anspruch auf tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen und vieles andere der Erfolg mühseliger Gewerkschaftsarbeit ist? Wer von uns weiß sich noch daran zu erinnern, wie es früher war,

wenn einmal ein Familienvater erwerbslos wurde oder ohne Schuld in Not geriet, was auch in der „guten alten Zeit“ nicht vereinzelt vorkam? Wer erinnert sich noch dessen, wie es denen erging, die sich für das Wohl ihrer Kollegen einsetzten in der Gründerzeit der Gewerkschaften und Genossenschaften? — Die junge Generation, unsere heranwachsenden Jungen und Mädchen, mögen sich von ihren Großeltern, von ihren Vätern und Müttern lebendige und wahre Geschichten aus dem Leben berichten lassen — und dabei so eine Portion berechtigten Stolz über die soziale Mitarbeit ihrer Familienangehörigen empfinden und dankbar sein. Denn sie wissen leider heute oftmals manches nicht zu schätzen, nehmen vieles als selbstverständlich hin, was ihnen erst zum Bewußtsein kommen könnte, wenn es einmal keine Gewerkschaften und keine Genossenschaften mehr gäbe —, wenn es zu spät wäre. Für sie gilt deshalb heute ganz besonders die Mahnung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“ Frauen, Jugendliche! Denkt daran, die Organisationen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften, die eigenen Produktionsstätten müssen in Zeiten der wirtschaftlichen Krise erst recht erhalten und weiter gefördert werden... auf daß sie auch weiterhin zu unserem Segen schaffen können. Die berufstätige, gewerkschaftlich organisierte Frau in Werkstatt und Fabrik, in Büro und Handel, die Frau des organisierten Arbeitnehmers in den Großstädten, die Frau des erwerbslosen Kollegen in Stadt

und Land ist auch Gewerkschafterin. Denn auch sie besucht Versammlungen, liest die Gewerkschaftspressen und weiß, was die Gewerkschaft für sie, für ihren Mann und ihre Familie war, was sie heute ist, und was sie wieder einmal sein wird. Diese Hausfrauen sind daneben meistens auch erfreulicherweise praktische, überzeugte Konsumgenossenschaftlerinnen, denn sie wissen auch, daß gerade die Konsumgenossenschaft ihre Interessen als Hausfrauen, als Verbraucherkategorie dem modernen Wirtschaftssystem mit all seiner Ungerechtigkeit gegenüber vertritt. Sie möchte deshalb gerade in der sehlgelagerten schweren Zeit den noch abseitsstehenden Frauen und Schwestern zurufen: „Werdet Mitglied in der Konsumgenossenschaft! Im gleichen Schritt und Tritt müssen wir Frauen, wir Mütter des deutschen Volkes von morgen, kämpfen, glauben und siegen!“

Ja, wir Hausfrauen sollten den den breiten Volksschichten aufgezwungenen Kampf gern und bewußt zu Ende kämpfen und jetzt erst recht alles in der Konsumgenossenschaft einkaufen!

Wir Hausfrauen sollten den Glauben an die Macht der Selbsthilfe der Arbeitnehmer- und Verbraucherschicht in uns tragen und heute und immer ganz besonders die genossenschaftlichen Eigenzeugnisse, unsere Gepag-Ware, bevorzugen!

Trotz aller Not der Zeit, trotz Verhöhnung und Segnerschaft wird dann der Sieg unser sein!

Und deshalb die Losung: Gewerkschaft, Konsumgenossenschaft, Gewerkschaftsfrau, Genossenschaftlerin — gute Kameraden allezeit — im gleichen Schritt und Tritt!

Thea Harmuth, Köln.

Die Leute aus der Krötengasse

Die Leute aus der Krötengasse waren die ersten Genossenschaftler in England um 1840.



ann aber kam der Abend, an dem der Laden geöffnet werden sollte. Jemand hatte das ausgeplaudert. Jemand hatte den Krämer und den Herren der Werkläden Nachricht gegeben. Die aber dachten nicht daran — wie es sonst wohl geschah und noch geschieht, wenn einer sein Geschäft anfängt — einen Gruß oder Blumen den Webern zu schicken. Sie schickten ihnen die Spulungen, die sie sich um ein paar Pence gedungen hatten, auf den Hals.

In diesen Hausen standen die Lotterbuben zwischen den Pflügen der Krötengasse und pfliffen auf den Fingern, wenn einer der Männer in die Türe des Ladens trat und sie schnell wieder schloß. So kam es, daß Karl Zowarth lange warten mußte, bis ihrer zwölf zusammen waren. Die andern hatte die Scham besiegt und unterwegs wieder heimgetrieben, wo sie mit ihrem Zweifel hinter dem Herd saßen und Trübsal schwigten oder die dummen Reden ihrer Frauen statt ihres Abendbrotes aßen.

Die Spulungen trugen ihr Geschrei von den tollen Webern von einem Ende der Stadt bis zu dem andern. Die Greise in ihren Bettlästen wurden es gewahr, die Krüppel im Siechenhaus und die Herren hinter ihrem Wein: Der Laden sei leer wie ein Mauseloch nach dem Winter. Häßliches Gelächter flackerte ringsum auf, und den Krämer hat niemals ein Geld, das sie ausgaben, so wenig leid getan, wie diese Pence für die Spulungen. Sein meißtelich machten sie ihre Sache, alle Teufel der Bosheit sprangen aus ihnen.

Die Männer standen im Laden und schauten sich mit leeren Blicken an. Ueber den Tag ihres Festes war der Schatten der Lächerlichkeit gefallen, und der Hohn ist das widerlichste Schwert aus der Waffenschmiede der Welt. Das wußten die Händler, und sie hatten einen feinen Strick gesponnen, der die Freude erwürgte.

Selbst Miles Ashworth stand da und wußte nicht was zu machen sei. So klein war der Glaube dieser Männer geworden, daß sie sich fürchteten, die Läden vor den Fenstern aufzusperren.

Erst hatten die Weber geflucht, aber die Flüche zerbrachen ihnen schon auf den Lippen. So gottverlassen sind sie sich nie vorgekommen wie an diesem Abend, um den sie doch wie bejessene Tiere gekämpft hatten, um den sie darbteten und fasteten, wie sich nie einer Last hat, feld es heilige Eiferer in der Welt gibt.

Erst schlug nur das häßliche Lachen gegen die Läden der Fenster, dann aber dröhnten ein paar Steinwürfe.

Eine unheimliche Stille war im Raum.

Keinem war so etwas in seinem Leben geschehen.

Der Atem blieb ihnen fort, bis Miles Ashworth aufsprang, die Faust geschwungen in der Luft ballte und dabei schrie:

„Sind wir mutige Weber oder sind wir blöde alte Weiber, die vor Kindern davonlaufen?“

Was sind wir, Männer?

Aufbruch! heißen wir.

Was scheren uns diese Grünspahen? Nichts scheren sie uns. Warum vertriehen wir uns, als wären wir unter die Verbrecher gegangen? Haben wir nicht doch etwas zuwege gebracht? Das sollen sie uns nicht ausreden und auch nicht ausschreien.

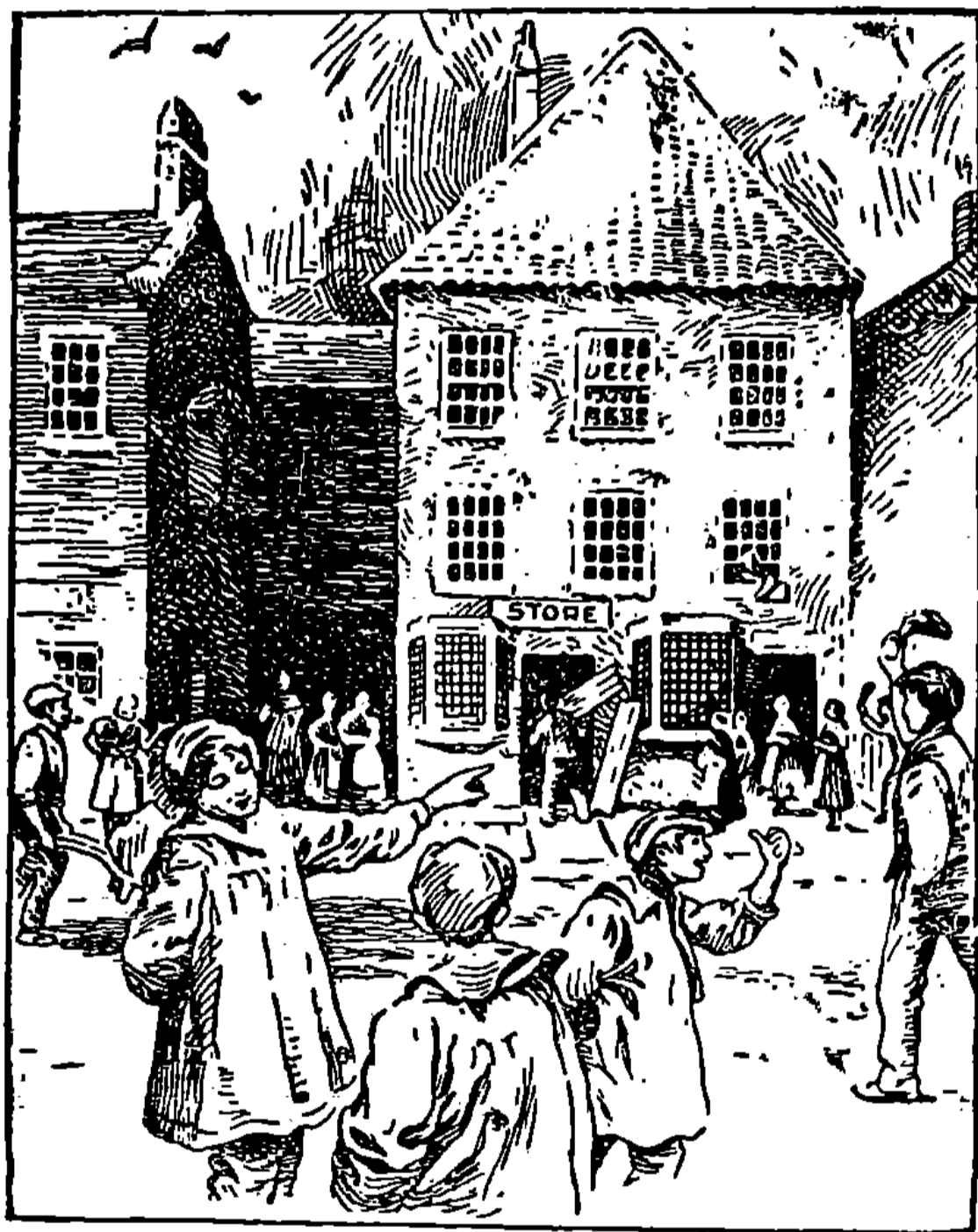
Steht nicht da wie verregnete Windscheuchen.

Wenn die draußen schreien, wollen wir hier drinnen brüllen. Weber, Schneider, Schuster, was ihr auch immer seid, da steht der Karl Zowarth, hier steht das Mädchen Christine, hier Jakob Daly,

Wilhelm Cooper und der Smithies, und hier stehen die anderen. Sind wir was, wiegen wir was?

Mir ist viel Wind um die Nase geweht, aber so etwas habe ich doch noch niemals gesehen. Stolz dürfen wir sein. Leben soll die Genossenschaft der redlichen Pioniere. Wachsen soll sie und groß werden!

„Leben soll sie“, rief Christine Bent, die sonst selten gesprochen, sondern in ihrer stillen Art den Männern nur geholfen hatte. „Leben! Leben!“



So hatte noch niemand das Mädchen gesehen. Etwas ganz Neues leuchtete ihr aus dem Gesicht, daß ihr Vater fast erschrak und Samuel nicht wußte, was ihm geschah.

„Ist das die Schneiderstochter?“ dachte Wilhelm Cooper.

Aufgerückt stand diese Frau, aufrechter als alle andern im Laden, die kleinmütig waren von dem Spott auf der Gasse. Des Mädchens Backen brannten, aus ihren Augen sprangen die Blicke wie Sterne, die gleich Lichtlanzen durch das Dunkel stießen. Ein Beben fuhr durch ihren ganzen Leib, und eine Kraft strömte von ihr aus, die für die einfachen Weber fast schon etwas Unheimliches hatte. Diejenige aber, die jetzt sprach, war nicht mehr die arme, schlichte Christine Bent, die Tochter des Hosenflickers von Rochdale, sondern das erwachte und sehende Weib schlechthin. Aufruhr all der Geängstigten vieler Jahrzehnte, Aufruhr aller Mädchen und Mütter, die seit langer Zeit ihr Größtes verraten und verkommen lassen mußten vor Armut, all das brach wie ein Vulkan aus ihr heraus. Sie war Prophetin, Künderin eines großen Kommenden und des Endes schmadvollen Hinlebens im Schatten. Dies kündete ihre Rede.

„Weber und Schmiede, Kohlenhauer, alle ihr Schaffenden, braucht ihr des Weibes, um Mut zu haben, das Werk, das ihr vollbrachtet, den Augen aller zu zeigen!“

Frauen in Rochdale, ihr draußen in England und in der ganzen Welt, spürt ihr das große Gewicht dieser Stunde? Ahnt eure Angst um Brot, Kind und Mann nicht die Wende? Rufen möchte ich es in eure Ohren, die taub sind von den Schreien des Elends, und es euren Augen zeigen, die blind sind von all der Tränen bitterem Wasser:

Neue Zeit kommt!

Nun springt sie für euch aus dieser Stunde Schoß!

Hier wird die Waffe geschmiedet, die ihr schwingen sollt gegen die Art derer, die euch Schulden bei sich machen lassen, und euch dann mit widerlichen Worten beschenken, als hättet ihr keine Ehre.

Hier wird euch die Not genommen, an der ihr euch müde schleppet seit dem ersten Atemzug.

Ihr aber, Howarth und Cooper und Smithies, ihr alle, ich weiß, ihr brachtet etwas zuwege, das den Dank des Weibes verdient. Und jetzt dankt euch das Mädchen Christine Bent. Und jetzt danken euch in mir die Frauen der kommenden Zeit. Ich zerreiße das Reh eurer Scheu. Ich mache den Anfang!

Kaum daß sie also geredet hatte, ehe noch die Männer aus dem Rausch solcher heißen und brennenden Worte erwachten, da war sie auch schon nach draußen gestürzt, sperrte die Türe weit auf und riß die geschlossenen Läden von den Scheiben fort.

Dem Mutigen gehört die Welt

Eine alte Erfahrungstatsache ist die: Wer sich elender Knechtschaft erwehren will, um sein Leben freier zu gestalten, wer üble Anfeindungen abweisen muß, um zu seinem guten Rechte zu kommen, der muß kämpfen mit größter Entschlossenheit. Zumeist steht einer in solchen Kämpfen allein, auf seine eigene Kraft, die Selbsthilfe, angewiesen. Zur Selbsthilfe aber gehört ausdauernder Mut, weil sie nicht mit Riesenschritten zum Ziele führt. Die Gegner verbauen ihr zu sehr den Weg. Es findet ein jeder von ihnen, in des andern Kerbe zu schlagen, billiges Werkzeug.

Man wird bestätigt finden, daß diese alte Regel noch wie vor dem gilt. Zum Beispiel stehen wir Arbeitnehmer da. Wir werden für unsere Arbeit entlohnt, so lange wir wirklich Arbeit haben. Aber der Lohn reicht nicht hin, um alles Nötige zu beschaffen. Die ungesicherte Zukunft steht drohend vor uns. Hier kann die Selbst-

hilfe der einzelnen nichts nützen. Aber vereinigt können wir Arbeitnehmer Selbsthilfe üben. Die Lohnfrage von der Gewerkschaft her, die Frage der Preise von der Genossenschaft, dem Konsumverein, aus angreifen.

Der Weg, diesen Willen in die Tat umzusetzen, ist eben heute ein sehr beschwerlicher. Überall lauern Ränke und Hemmnisse, die versuchen, uns unser Zielstreben zu verleiden, ja sogar es zu beenden. Wir wehren uns dessen mit allen Mitteln, um so mehr, je heftiger die Angriffe gegen unser gerechtes Streben werden. Indem sie uns bekämpfen, gestehen unsere Gegner ein, daß wir etwas Rechtes zuwege gebracht haben, das weiter zu verfechten sich der Mühe lohnt. Wer immer zu eben solcher Selbsthilfe greift, muß sich dessen bewußt sein: So fest wir uns das Ziel setzen, so groß muß der Mut, so sicher wird aber auch der Lohn sein!

Dies sei uns ein Leitgedanke in unserem Streben um die Lebensgestaltung der Arbeitnehmer! Olli Keunecke, Köln.

Selbsthilfe bei den Kleinen

Wenn die J-Männchen und die J-Fräulein ihren ersten Gang zur Schule machen, so ist das eine hochtapfere Angelegenheit. Da muß nun Mutters Schürzenbündel losgelassen werden. Man ist sozusagen Staatsbürger geworden. So allerhand Klöppchen und Steine krollern da in den Weg, über die man mit höchsteigener Kraftanstrengung hinwegzusteuern hat. Da entwickelt sich zunächst bei einigen noch ein hartnäckiger Kampf mit jenem boshaften Gesichtsvorsprung, der, namentlich bei Regentagen, so gern aus der Rolle fällt. Wenn der Hansi nach vier

Wochen seine Stupnase pünktlich in Ordnung hält, so ist das ein zwar primitiver, aber höchst erfreulicher Akt der Selbsthilfe. Zweifeln wir nicht, nun wird es mit der Männlichkeit weiter aufwärts gehen. Im Staat der Kleinen herrscht bald Gefühl dafür, daß ein „Bürger“, der den Tornister noch nicht selbst schultern, die Schnürriemen nicht eigenhändig in wohlgefällige Schleifen binden kann, kein Bürger ist, sondern ein Baby. Ein Baby aber oder, was dasselbe ist, ein Bubi zu sein, das ist ungefähr der Inbegriff aller Blamage. Das geht gegen unsere Ehre. Denn wir sind mittlerweile ja schon „so“ groß geworden, daß wir alles

Wallstreet

(Fortsetzung von Seite 612.)

Kamen solche Sachen heraus, schrien die Ruinierten, wurden Verbote von Gerichts wegen erlassen, zog der große Polyp scheinbar seine Saugnapfe ein, um sie lautlos an anderer Stelle wieder aufzurollen, Beute an sich zu ziehen und zu verschlingen, was er haben wollte. Einmal hieß so ein Gangarm „South Improvement Company“, manchmal wieder anders, je nach Bedarf. Wie aber hatte der Trust so mächtig werden können? Von vorne weg war Rockefellers Ideal gewesen kein Glied der Produktionskette auszulassen, somit alle Mittelsmänner zu sparen, alle Zwischenprofite selbst einzustecken, seine eigenen Chaissons, Rohrleitungen, Säffer, Kannen zu machen, duhnde Industrien ineinander arbeiten zu lassen. Die ganze ungeheure Organisation war sein persönliches Werk, technischer Leiter dabei von Anfang an Andrew Flagler, ein vom Himmel gefallener Meister des Jus, ohne es je studiert zu haben, entwarf er die Verträge und stellte die Statuten der Gesellschaften auf. Ohne ein Cent Einlage war er in die Firma eingetreten, nur als Vertrauensmann eines Geldgebers: Sarkness, den er dem jungen Rockefeller zugebracht, als dieser seine kleine Raffinerie nach der Trennung von dem ersten Partner Clark allein übernommen hatte.

Rockefeller stellt sich gern als ganz armer Junge dar, er war aber wenigstens mit einem Wunderdoktor als Vater und dessen 1000 Dollar gesegnet; Flagler aber lebte bis zu seinem 15. Jahr von 5 Dollar monatlich als Gehilfe in einem Grünkrämladen, wo er nachts unter der Bank schlief, in Zeitungspapier gewickelt gegen die Kälte. Hungernd, frierend, überarbeitet gelang es ihm noch von seinem winzigen Lohn etwas zu ersparen — Ersparnis, das er später wieder in einer Unternehmung verlor, ohne entmutigt zu werden. Als Vizekönig der „Standard Oil“, Herr vieler hundert Millionen Dollar, hatte er dann nebenbei Florida als Luxuszentrum „gemacht“, aus Passion ideale Autostraßen durch die ganze Halbinsel aus seinen privaten Mitteln gelegt. Rockefeller bewunderte diese ganze Wirksamkeit Flaglers sehr, benützte gern in seinem großen Lincoln-Wagen die herrlichen Straßen gratis, denn er war auch im Kilometerschluden unerlässlich.





selbst können. Dieser wundertuende Glaube an unsere Kraft — wir sprechen gern ein wenig großspurig — gibt immer Spaß zur Arbeit. Darum, lieber Freund, können wir auch viel mehr als du, weil du eben nicht an dich glaubst. Kannst du etwa einen Wald malen mit sämtlichen verwunschenen Prinzen und Prinzessinnen, mit allen Wundertieren und Hexen darin? Ja, siehst du, das können wir! Wäre ja gelacht.

Wir können sogar genau das, was der Lehrer kann. Es läßt sich denken, der wird von seinen Amtsgeschäften auch müde. Da löst man ihn halt ab. Fröhchen ist heute Rechenmeister. Er stellt den kleinen Studenten Aufgaben, daß ihnen schier die Köpfe dampfen. Susi wird bestimmt einmal den Kanal durchschwimmen oder Weltkennismeisterin, was weiß ich, werden. Turnaufgaben macht sie vor — es ist auch buchstäblich, um auf dem Kopf zu stehen. Dabei streckt sie ihr Bäuchlein vor und die Nase in den Himmel, ganz Respektsperson. Und wenn sie dann am Schluß mit einem kategorischen: „Sih! euch!“ den gymnastischen Schönheitsübungen ein Ende macht und die kleine Bande wieder in die Bänke bringt, dann sind die Muskeln für den Tag bestimmt genug ausgerentt.

Nachdem beide Kompagnons 1874 auch noch in Pittsburg und Philadelphia die zwei größten Raffineure dazu gebracht hatten, sich mit ihnen zu fusionieren, desgleichen Pratt u. Rogers in Newyork, war der Weg zum Monopol eröffnet, zur Verwirklichung von Rockefellers Wunschtraum, nämlich den Produzenten, Transporteuren und Konsumenten der ganzen Welt, was Öl anbetraf, die Preise vorzuschreiben. Genau das selbe hatten die Produzenten gewollt, gerade auf sie hatte aber Rockefeller es besonders scharf. Ihm als Puritaner waren Leute, die nach Öl



bohrten, nicht besser als verruchte Schardeure, blöde Spielernaturen, wenn sie auf gut Glück in die Erde stachen, um einen Springquell zu treffen, ein unberechenbares, daher unsauberes Geschäft im Gegenjah zu seinem wunderbar genau kalkulierten, daher gottgefälligen Trust. Später kaufte er wohl selber Ölgebiete und hatte, wie in allem, so auch dabei eine sehr geeignete Hand, es geschah aber nur, um die Kette zu schließen; Gewinnung des Urproduktes durfte bei einer Organisation wie der „Standard Oil“ nicht fehlen.

Wer übrigens mit ihr ging, gegen den benahm sie sich durch-

Zuweilen, das muß ich gestehen, unterdrückt die „oberste Staatsgewalt“ den Drang zur Selbsthilfe bei dem jungen Volk. Und zwar dann, wenn es sich anmaßt, die „vollziehende Gewalt“ selbst auszuüben. Da wird, um der Gerechtigkeit Genüge zu tun oder um Besitz zu vergrößern oder aus Kraftmeiertum gekniffen, gespuht, geschimpft, gekraut, gebort. Namentlich die Knaben lieben den Weg über die „zuständigen Gerichte“ nicht. Strauchrittertum und Faustrechtsgelüste scheinen dem männlichen Geschlecht nun einmal im Blute zu liegen. Wir aber sind der Meinung, daß der Frieden über dem Kriege stehe und achten darum die Igeblige, Lüderige und Köderige. E.

Bekanntmachung

Sonntag, den 6. November 1932, ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Das verschüttete Deutschland und der 6. November (G. W.), S. 605. Klassenkampf oder nationale Arbeitspolitik (G. W.), S. 606. Großgehälter und Gerechtigkeit für die Arbeiterschaft (... r.), S. 608. Graf Posa-dowsky + (... er.), S. 608. Die Bürgersteuer wird weiter erhoben (G. Pelster), S. 609.

Branchenbewegung:

Warum melden sich so wenig Schlosser zur Meisterprüfung?, S. 610.

Verbandsgebiet:

30 Jahre Olberg (... rer.), S. 610. Arbeitslosenversammlung in Elbing (Ge.), S. 611.

Aus den Betrieben:

Und nun bei Reuter in Gelsenkirchen? (G. J.), S. 612.

Unterhaltung:

Wallstreet (Sir Galahad), S. 610.

Frauenleben:

Sollen wir zusehen und abwarten? (Fr. Thönnissen), S. 613. In gleichem Schritt und Tritt (Thea Harmuth, Köln), S. 613. Die Leute aus der Krötengasse, S. 614. Dem Nutigen gehört die Welt (Lilli Keunede, Köln), S. 615. Selbsthilfe bei den Kleinen (E.), S. 615.

Bekanntmachung:

Seite 616.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapel-tor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.

aus fair, verschaffte ihm die gleichen Vorteile bei den Bahnen, vorausgesetzt, daß er ihren Befehlen gehorchte und die vorgeschriebenen Preise hieft. Auch welche Betriebe als unrentabel aufzulassen waren, bestimmte sie, dann wurde der Kaufpreis in Standard-Aktien bezahlt, kein schlechter Tausch. Nur halsstarrige Eigenbrötler, solche, „die wider den Stachel zu lösen“ versuchten, wurden ausgetilgt. Schließlich waren 85% nicht nur der amerikanischen, sondern der Weltproduktion vom Trust beherrscht. „Standard Oil“ sprach: es werde Licht, und in den entlegensten Nestern der fünf Kontinente schimmerten mild ihre Lampen auf, von ihrem Öl gespeist, in ihren Kaminen gellefert mit ihren Flotten über die Meere, auf ihren Eisenbahnen über die Länder geschafft und zu — ihrem Preis bezahlt. Die ungeheure Bedeutung des Petroleum für die Auto-industrie kam erst später voll zur Entfaltung.

Seit den solger Jahren saß nun Rockefeller in seinem Büro am Broadway 26, der berühmtesten Geschäftsadresse der Welt, und diktierte einer tributpflichtigen Menschheit für etwas, das sie nicht entbehren konnte, seinen Preis, unabhängig von Gesehungskosten, unabhängig davon, ob Öl in Geysern zum Himmel schoß oder nicht. Indessen begann es zu wetterleuchten in der ungeheuren Wolke aus alter, schwarzer Wut, die sich zusammengezogen hatte über dem Haupt der „Standard Oil“: John D. Rockefeller. Öl war das zweitwichtigste Urprodukt der Vereinigten Staaten, wer es beherrschte, bedrohte die Nation, trachtete die heilige, verbriefte Freiheit der Konkurrenz zu vernichten — die Anti-trust-Campagne begann und mit ihren demagogischen Schlagworten zwö-schen seinen 64 Eichzähnen schrie und tobte sich Roosevelt ins Weiße Haus hinein. Die Straße heulte, hunderte Briefe mit Todesdrohungen flogen Rockefeller, dem bestgehaften Mann, ins Haus.

(Fortsetzung folgt.)